

# Populismus Ost und West – die politischen Ökonomien des Protests in Europa<sup>1</sup>

**Philip Manow** (Siegen)

[Philip.Manow@uni-siegen.de](mailto:Philip.Manow@uni-siegen.de)

<https://orcid.org/0000-0002-7154-7789>

**Abstract.** Populismus gilt als eine Ursache für die Krise der Demokratie. Aber Populismus selbst lässt sich auch verstehen als eine politische Reaktion auf krisenhafte gesellschaftliche Umbrüche, sei es nun die Weltfinanzkrise 2008 ff., die Migrationskrise 2015 ff. oder die eher schleichenden Krise der Repräsentation durch einen gegenwärtig erneuten „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ – das heißt durch die radikale Medienrevolution, die wir momentan durchleben. Der populistische Protest in den Transformationsländern von Ost-/ Mitteleuropa hingegen ist wesentlich eine Reaktion auf die enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen nach 1989/90. Der Beitrag beleuchtet, welche politische Gestalt dieser populistische Protest im ‚Osten‘ Deutschlands im Gegensatz zum ‚Westen‘ genommen hat und überlegt, inwiefern diese Entwicklung als „Vorschein“ für die gesamtdeutsche Situation zu betrachten wäre.

---

## Populism in East and West – The Political Economies of Protest in Europe

Populism is considered one of the causes of the crisis of democracy, but populism itself can also be understood as a political reaction to crisis-ridden social upheavals. Whether it be the global financial crisis of 2008 onwards, the migration crisis of 2015 onwards, or as a result of the more insidious crisis of representation caused by a renewed “structural change in the public sphere” – that is, the radical media revolution we are currently experiencing. Populist protest in the transition countries of Eastern/Central Europe is primarily a reaction to the enormous social and economic upheavals after 1989/90. This article examines the political form that this populist protest has taken in the “East” as opposed to the “West.”

**Keywords:** Alternative für Deutschland, Arbeitslosigkeit, Protestwähler, Rechtspopulismus, Transformation des Wohlfahrtsstaates, Wahl-Entscheidungen | AfD, Unemployment, Right Wing Populism, Transformation of the Welfare-State, electoral decisions

<sup>1</sup> In Teilen rekurriert der folgende Text auf gemeinsame Forschung mit Hanna Schwander. Ich danke Dominik Flügel für exzellente Unterstützung bei der Aufbereitung der Gemeinde- und Wahlbezirksdaten.

## 1. Rechtspopulismus als Problem des Ostens?

Seit der Bundestagswahl vom September 2017 ist die rechtspopulistische Alternative für Deutschland im Parteiensystem fest etabliert. Sie erhielt 2017 12,7 Prozent der Stimmen, wurde mit 94 Sitzen zur drittstärksten Partei im Bundestag. Heute ist sie in 15 Länderparlamenten repräsentiert, seit 2014 auch im Europaparlament, ist nach der Wahl von Februar 2025 stärkste Opposition. Noch bei der Bundestagswahl 2013 war sie hingegen mit 4,7 Prozent knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert. In aktuellen Umfragen überrundet sie teils die Union, für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im September 2026 wird es für möglich gehalten, dass die AfD stärkste Partei wird und damit Anspruch auf den Posten des Ministerpräsidenten erheben kann.

Die Debatte über den Aufstieg der AfD wurde in Deutschland sehr lange als eine Ost-West-Debatte geführt, was vor dem Hintergrund der systematisch höheren Stimmanteile, die die Partei in den neuen Bundesländern erringt, nicht völlig überrascht.<sup>2</sup> Nehmen wir die Bundestagswahlen 2017 oder 2021, so beträgt der ‚Basisseffekt‘ des Ost-West-Unterschieds mindestens 10 Prozent. Anders formuliert: bei Inklusion einer ganzen Reihe von hauptsächlich ökonomischen oder sozio-demographischen Kontrollvariablen ist der Stimmanteil der AfD im Osten im Durchschnitt um die 10 Prozent höher als im Westen. Dieser deutliche und stabile Unterschied hat die hiesige Diskussion über den Aufstieg der Rechtspopulisten geprägt, zugleich aber auch spezifisch verzerrt. Im Deutungsschema einer ‚nachholenden Modernisierung‘ wurden und werden solche Unterschiede häufig als Evidenz dafür gewertet, dass *der* Osten in *der* Demokratie ‚noch nicht so richtig angekommen‘ sei, dass seine Bürger mit den neuen politischen Freiheiten noch fremdeln würden usw. Das wurde sehr häufig als Defizitdiskurs mit einem Mal offener, mal versteckter formulierten paternalistisch-therapeutischen Zungenschlag geführt – aus ostdeutscher Sicht lief das nur auf ‚adding insult to injury‘ hinaus. Abzuhelfen sei dem ostdeutschen Mangelwesen wahlweise mit mehr Zuwendung, ‚Anerkennung der Lebensleistung‘ oder einer schnelleren Angleichung der Renten – ansonsten natürlich mehr politische Erwachsenenbildung. Das war immer schon und ist immer noch eine äußerst interessierte Deutung des Geschehens, eine, für die *der* Osten ein Problem hat, das nun zu lösen sei. Sie mutet wie eine Reprise der Sonderweg-These an, die in Absehung von ihren unzähligen Problemen einfach noch einmal zur Anwendung kommt, weil man es sich so praktisch in ihr eingerichtet hat: Das, was unter dem Titel ‚Der lange

2 Vgl. E. Holtmann (2019): *Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland.*

Weg nach Westen‘ (Winkler 2014b) zuletzt doch noch als bundesrepublikanische Erfolgsgeschichte erzählt wurde, wird dem beigetretenen Osten als eine noch vor ihm liegende Wegstrecke aufgezeigt. Insgesamt haben der ganz andere Erfahrungsschatz, damit auch die andere ‚geschichtspolitische Grundierung‘, das eigenständige Demokratieverständnis, haben auch die Irritationen einer zunächst von der Kohl-Regierung befeuerten ‚Wir sind das/ ein Volk‘-Dynamik der deutschen Einigung und der abrupt folgenden Verordnung einer post-nationalen Orientierung des Landes in den Debatten so gut wie keine Rolle gespielt – von dem Fremdeln der bundesrepublikanischen Linken mit dem nationalen Vorgang der Vereinigung ganz zu Schweigen. 1989 wurde in Berlin auf die verbliebenen Mauerteile gesprochen: ‚Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht allein!‘

Aber was, wenn der Osten der Vorschein ist für das, was mit einiger Verzögerung auch im Westen zu beobachten sein wird? Geringe Parteiidentifikation, schwindende Mitgliedszahlen in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder Vereinen, daher auch eine höhere Volatilität der Wahlen und des politischen Verhaltens als Vorwegnahme der kommenden Entwicklungen auch im Westen?<sup>3</sup> Und was, wenn das neue politische Angebot, das zuerst viele der neuen rechtspopulistischen Parteien Osteuropas formuliert hatten, nämlich die Kombination sozio-ökonomisch linker und sozio-kulturell rechter Politik,<sup>4</sup> nun auch zunehmend in den Parteiensystemen Westeuropas Einzug erhalte, auch dort politisch zunehmen attraktiv erschiene, wofür es ja bereits hinreichende empirische Evidenz gibt?<sup>5</sup> Was, wenn der liberale Westen gerade im Begriff ist, seine visionäre Kraft und seinen moralischen Kredit vollständig zu verspielen?<sup>6</sup>

Zu den verzerrenden Effekten der vorherrschenden thematischen Rahmung ‚nachholende Modernisierung‘ gehört auch, dass die Ost-West-Perspektive den Blick auf eine im deutschen Fall markante Nord-Süd-Variation hinsichtlich des Erfolgs der AfD verstellt, die sich nicht so recht der Interpretation ‚nachholende Modernisierung‘ fügen will, die aber ebenso wenig eine die Debatte weiterhin dominierende Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer-Erklärung zu bestätigen scheint: Warum sind es in Deutschland eher die prosperierenden, hochgradig außenwirtschaftlich verflochtenen und *nicht* strukturschwachen Bundesländer

3 Vgl. Holtmann (2019): *Die Umdeutung der Demokratie*

4 Vgl. G. Marks et al. (2006): *Party Competition and European Integration in East and West.*

5 Vgl. Ph. Manow (2018): *Die politische Ökonomie des Populismus.*

6 Vgl. Krastev/Holmes (2019): *Das Licht, das erlosch.* Angesichts der Etablierung der AfD in Westdeutschland sowohl in den letzten Bundestagswahlen von 2025 wie auch in den kürzlichen Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen ist das keine hypothetische Frage mehr.

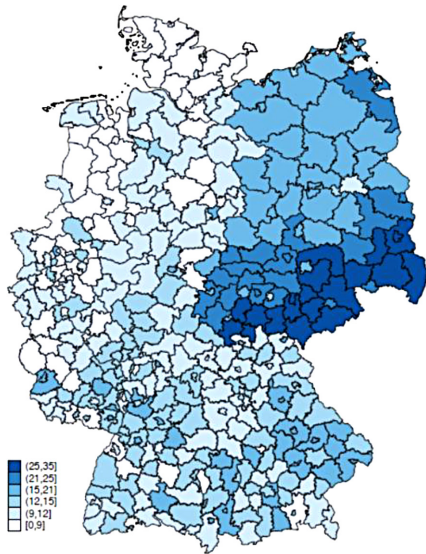


Schaubild 1: Regionale Verteilung der AfD-Stimmen in der Bundestagswahl 2017, in Prozent der Zweitstimmen

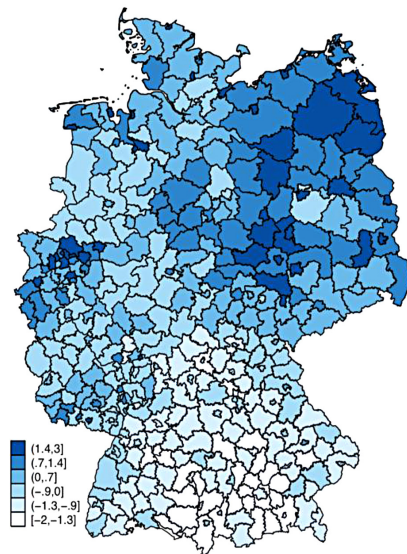


Schaubild 2: Geografisches Muster der Deprivation in Deutschland (Schwander/Manow 2017a)

Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen, also der Süden des Westens und der Süden des Ostens, in denen die AfD überdurchschnittliche Wahlerfolge erzielen konnte? Dieses regionale Muster, das auch nicht zu gängigen Befunden über ‚abgehängte‘ Regionen passen will,<sup>7</sup> demonstriert beispielsweise der Vergleich von Schaubild 1, das die Stimmenanteile der AfD in der Bundestagswahl vom September 2017 zeigt, mit Schaubild 2, das die geografische Verteilung wirtschaftlicher und sozialer „Entbehrung“ oder „Deprivation“ illustriert.<sup>8</sup>

Komplementär zu diesem erklärungsbedürftigen regionalen Muster liegt der Befund, dass es bei allen uneinheitlichen Forschungsergebnissen hinsichtlich der

7 vgl. L. Deppisch et al. (2019): Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich?; Chr. Franz et al. (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker; Schröder (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich.

8 Dies ist ein durch Komponentenanalyse gewonnener Indikator, in den vielfältige Deprivationsindikatoren eingehen, von der Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, bis hin zu solchen Deprivationsvariablen wie Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, Anzahl minderjähriger Mütter, Entfernung bis zum nächsten Krankenhaus etc. Siehe Ph. Manow/H. Schwander (2018): Eine differenzierte Erklärung für den Erfolg der AfD in West- und Ostdeutschland.

Gründe für den AfD-Wahlerfolg bislang keine starke Evidenz dafür gibt, dass das Wählerreservoir der Rechtspopulisten sich vor allem aus ‚Abgehängten‘, prekär Beschäftigten, Arbeitsmarkt-Outsidern oder anderweitig Benachteiligten speist.<sup>9</sup> Der Aufstieg der Partei fiel zudem in eine langanhaltende Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs, nicht des Abschwungs. Die pauschale Einschätzung, „rarely does populism rise in economic good times“,<sup>10</sup> ist daher wesentlich am Phänomen vorbei getroffen – und Deutschland ist in dieser Hinsicht auch kein Ausnahmefall, weil Gleiches etwa auch für die skandinavischen und die ost-mitteleuropäischen Länder gilt.

Generell sieht sich die Forschung aber auch mit einer nicht ganz einfachen Datenlage konfrontiert, wobei – wie gesagt – sich wenigstens im negativen Sinne ein Forschungskonsens herauszubilden scheint, welche Faktoren sich eher *nicht* als erklärungskräftig erwiesen haben. Hinzu kommt, dass die Partei sich in der kurzen Zeit ihrer Existenz ideologisch-programmatisch stark gewandelt hat, eine Veränderung, die man pointiert auf die Formel ‚Von Lucke zu Höcke‘ bringen könnte. Aus einer ordoliberal angehauchten ‚Professorenpartei‘, die den eher bürgerlichen Protest gegen die Eurorettungspolitik der Bundesregierung bündelte, wurde innerhalb weniger Jahre eine stramm national-konservative, teilweise rechtsextreme Partei, die seit dem Sommer 2015 insbesondere gegen die Flüchtlingspolitik der Merkel-Regierung mobilisiert. Wir müssen also davon ausgehen, dass es parallel zum Aufstieg der AfD auch eine erhebliche Veränderung ihrer Wählerschaft gegeben hat. Das würde die Aussagekraft früherer Studien für die gegenwärtige Lage einschränken. In der Tat ergibt ein Vergleich der Faktoren, die 2013 und dann 2017 ausschlaggebend für die Wahl der AfD waren, deutliche Unterschiede. Es handelt sich bei der AfD also, nicht untypisch für eine Partei in einer Früh- und programmatischen Findungsphase, zu einem gewissen Maße noch um ein *moving target*.<sup>11</sup>

- 9 vgl. K. Arzheimer (2015): The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?; N. Berbuir et al. (2015): The AfD and its Sympathisers; Kn. Bermann et al. (2017): Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?; H.-G. Betz/F. Habersack (2019): Regional Nativism in Germany; Th. Lux (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie „Die Alternative für Deutschland“; T. Frank (2015): *Die AfD bei der Bundestagswahl 2013*; Franz et al. 2018; A. Goerres et al. (2018): The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany; V. Hambauer/A. Mays (2018): Wer wählt die AfD?; Manow/Schwander 2018; O. Niedermayer/J. Hofrichter (2016): Die Wählerschaft der AfD; A. Tutic/H. von Hermann (2018): Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD.
- 10 B. Eichengreen (2018): *The Populist Temptation. Economic Grievance and Political Reaction in the Modern Era*, S. X.
- 11 R. Schmitt-Beck (2017): The ‘Alternative für Deutschland in the electorate’.

Des Weiteren spielt eine Rolle, dass Umfragen zum Wahlverhalten generell und zu extremem Wahlverhalten im Besonderen notorisch unzuverlässig sind. Extremes Wahlverhalten wird in Umfragen systematisch unterberichtet – hier spielen regelmäßig normative Erwartungen, die „Erwünschtheit“ bestimmter Antworten in der Interviewsituation etc. eine Rolle. Damit ist noch gar nichts gesagt hinsichtlich der Qualität der sozioökonomischen Daten, die wir ja zusätzlich benötigen würden, um gesicherte Aussagen über die wirtschaftliche Lage des typischen AfD-Wählers, der typischen AfD-Wählerin treffen zu können. Das heißt, wir bräuchten nicht nur – idealerweise: verlässliche – Angaben zum Wahlverhalten, sondern diese müssten sich kombinieren lassen mit möglichst präzisen Informationen zur jeweiligen wirtschaftlichen Situation, also zum Einkommen und zum Beschäftigungsverhältnis, zum Arbeitsmarktstatus, zu Beruf, Bildungsstand, Haushaltsgröße etc. pp. sowie natürlich zu Basisdaten wie Alter und Geschlecht. Es gibt keine Datenquelle, die alle diese Wünsche erfüllt. Führt man qualitative Interviews, generiert das Probleme ganz eigener Art, vor allem solche der Repräsentativität.

Angesichts dieser Ausgangslage spricht viel dafür, weniger auf Umfragedaten zu setzen, sondern offizielle Daten der Wahl- und der Regionalstatistik auszuwerten, um die Determinanten des Wahlerfolgs der rechtspopulistischen AfD zu identifizieren. Beide Datenquellen bieten in ihrer Kombination reichhaltige, verlässliche und durch hohe Fallzahlen auch relativ robuste Informationen, die durch bisherige Studien noch nicht voll ausgeschöpft wurden. Sie sollen hier in Hinblick auf den Ost/West-Unterschied im Erfolg dieser rechtspopulistischen Partei genutzt werden.

## 2. Daten und Befunde

Die folgenden Auswertungen beruhen daher auf einerseits der Wahl(bezirks)statistik und andererseits der Regional- und Arbeitsmarktstatistik.<sup>12</sup> Das hat

<sup>12</sup> - und warum nicht die Individualdaten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), das tatsächlich sehr detaillierte sozio-ökonomische Informationen erhebt? Hauptsächlich aus zwei Gründen: Einerseits steht die Repräsentativität des SOEP infrage. Gerade Menschen am Rand der Gesellschaft nehmen systematisch weniger wahrscheinlich an recht umfangreichen und jährlich zu wiederholenden Panelstudien teil. Genau die Gruppe, die hier besonders interessiert, ist also vermutlich nicht angemessen repräsentiert (Cl. Caballero [2005]: Nichtwahl.; P. Selb/S. Munzert [2013]: Voter overrepresentation; R. Tourangeau et al. [2010]: Sensitive Topics and Reluctant Respondents). Zweitens bestehen Zweifel in Bezug auf die Verlässlichkeit von Angaben zum politischen Verhalten: Wahlbeteiligung ist generell überberichtet, die Wahlentscheidung für extreme Parteien systematisch unterberichtet.

nicht nur den Vorteil, dass hier in sehr großer Detailschärfe umfangreiche und sehr verlässliche Daten vorliegen, sondern möglicherweise einen zusätzlichen Nutzen: Wenn man sich von der Individualdatenebene der Umfragen löst und stattdessen – kleinräumige – lokale Variation betrachtet, wählt man ein Untersuchungsdesign, das einem stabilen Befund aus der Literatur, nämlich dass Menschen in ihrer Wahlentscheidung die allgemeine Wirtschaftslage stärker gewichten als ihre ganz persönliche ökonomische Situation (sozio- vs. egotropisches Wählen), viel besser entspricht. Und diese Orientierung der Wähler scheint auch rational in dem Sinne, dass wirtschaftliches Geschehen ja eher sozial als individuell wirkt: Eine Werksschließung oder Kurzarbeit trifft eben im Regelfall mittelbar die gesamte lokale Ökonomie und nicht nur die unmittelbar Betroffenen. Natürlich hat alles seinen Preis, so auch die Verwendung von Aggregat- statt Individualdaten, denn wir können nun nicht zwingend von der beobachteten Aggregatebene auf die nicht beobachtete Individualebene schließen. Hier hilft die Überprüfung der Untersuchung mit Auswertungen von Individualdaten.<sup>13</sup> Aber auch durch eine hohe Fallzahl, die hier gegeben ist, lässt sich das Problem des sogenannten „ökologischen Fehlschlusses“ gering halten.

Die amtliche Statistik, in unserem Fall also die Wahl-, die Regional- und die Arbeitsmarktstatistik, liefert uns besonders verlässliche und besonders reichhaltige Daten. Was die Wahldaten angeht, gilt natürlich das Wahlgeheimnis, wir können also nicht beobachten, wer wie wählt, sondern erhalten lediglich die jeweiligen Stimmenanteile der Parteien in möglichst hoher räumlicher Desaggregation. Über diese kleinräumige Information lässt sich allerdings ermitteln, ob eher in der Stadt oder auf dem Land rechtspopulistisch gewählt wird, eher im Osten als im Westen, eher in strukturschwachen Gebieten oder in den boomenden Regionen usw. usf. Die Informationen sind also für unseren Zusammenhang von erheblicher Aussagekraft.

Für die Bundestagswahl 2017 stehen dabei Angaben aus insgesamt 88.511 Wahlbezirken zur Verfügung. Weil aber auf dieser Ebene nicht auch die entsprechenden sozioökonomischen Informationen verfügbar sind, aggregiere ich die Wahlbezirksinformationen auf Gemeinde- (N= 11.500) und insbesondere Gemeindeverbandsebene (N = 4.500), die Kreisebene (N = 402) dient dabei teilweise als Kontrolle. Insbesondere bei etwas längerfristiger Betrachtung, die beispielsweise berücksichtigt, dass das Transformationsgeschehen in den neuen Bundesländern in den 1990er Jahren Langfristeffekte auf das Wahlverhalten in den 2010er Jahren haben könnte, erweist es sich angesichts vieler kommunaler Gebietsreformen als

13 Vgl. Manow/Schwander 2018.

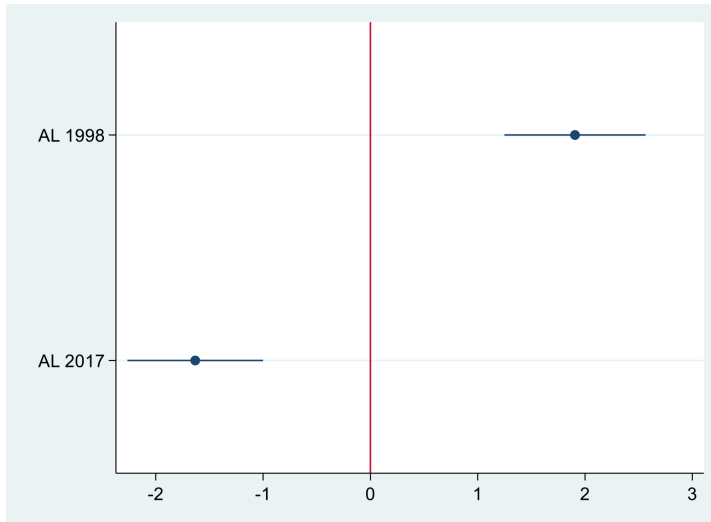
hilfreich, die Analyse auf der Ebene der Gemeindeverbände anzusiedeln und dabei die verschiedenen räumlichen Neuordnungen, die sich insbesondere in den neuen Bundesländern vollzogen haben, zu berücksichtigen. Auf diese Weise kommen wir auf eine Fallzahl von circa 4.500 Gemeindeverbänden, für die wir als stabile Beobachtungseinheiten über Informationen verfügen, die teils bis in die späten 1990er Jahre zurückgehen. Sie sind auch in Bezug auf Einwohnerzahlen relativ homogene Einheiten. Für den hier interessierenden Fragekontext sind die Informationen etwa zu Arbeitslosigkeit, zur Beschäftigung oder zum Steueraufkommen, was als guter Näherungswert für relativen Reichtum genommen werden kann. Aus der Differenz der über-18jährigen Einwohner und der Wahlberechtigten lässt sich auch der Ausländeranteil schätzen, der von der Regionalstatistik nicht direkt auf Gemeinde- oder Gemeindeverbandsebene berichtet wird. Die Angaben sind überwiegend der Regionalstatistik der statistischen Landesämter beziehungsweise des Statistischen Bundesamtes und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung entnommen.<sup>14</sup>

Was sagen nun aber die Daten? Wenn wir beginnen mit einem der denkbar einfachsten Modelle, und als Outsider-Variable nur die Arbeitslosenquote betrachten, aber in zwei zeitlichen Ausprägungen, einmal die Arbeitslosenquote im Jahr 1998 und einmal in 2017, also dem Jahr der Bundestagswahl, zeigt sich bereits ein überraschender, auch gerade in seiner Deutlichkeit überraschender Befund. Die Arbeitslosenquote auf Gemeindeverbandsebene (N = 4.449) im Jahre 2017 ist für das Zweitstimmenergebnis der AfD signifikant *negativ*, die Arbeitslosenquote aus dem Jahr 1998 stark signifikant *positiv*.

Das ist mit keiner Modernisierungsverlierer-Hypothese einfach in Übereinstimmung zu bringen (siehe Schaubild 3, das aus Gründen der besseren Lesbarkeit nur die Koeffizientenplots berichtet),<sup>15</sup> verweist aber bereits auf eine mögliche Erklärung der Ost-West-Unterschiede: die langfristigen Folgen der massiven ökonomischen wie sozialen Verwerfungen im Zuge des Transformationsprozesses.

<sup>14</sup> <https://www.regionalstatistik.de>; <https://www.inkar.de> (Abruf: August 2022)

<sup>15</sup> Im Schaubild zeigen Punkte *rechts* der senkrechten Null-Linie einen *positiven* Zusammenhang zwischen unabhängiger und abhängiger Variable an (*je höher* die Arbeitslosenquote in einer Gemeinde im Jahr 1998, *desto höher* der AfD-Zweitstimmenanteil), Punkte *links* dieser Linie einen *negativen* (*je höher* die Arbeitslosigkeit in einer Gemeinde im Jahr 2017, *desto niedriger* der AfD-Stimmenanteil). Die waagerechten Striche durch die Punkte hindurch geben die Konfidenzintervalle an – schließen sie die Null-Linie ein, können wir auf konventionellen Niveaus statistischer Signifikanz nicht von einem gesicherten Zusammenhang zwischen abhängiger und unabhängiger Variable ausgehen. (hier Konfidenzintervall bei 90 Prozent, will sagen: mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 10 Prozent besteht ein Zusammenhang, *wenn* die Konfidenzintervalle die Null *nicht* einschließen.



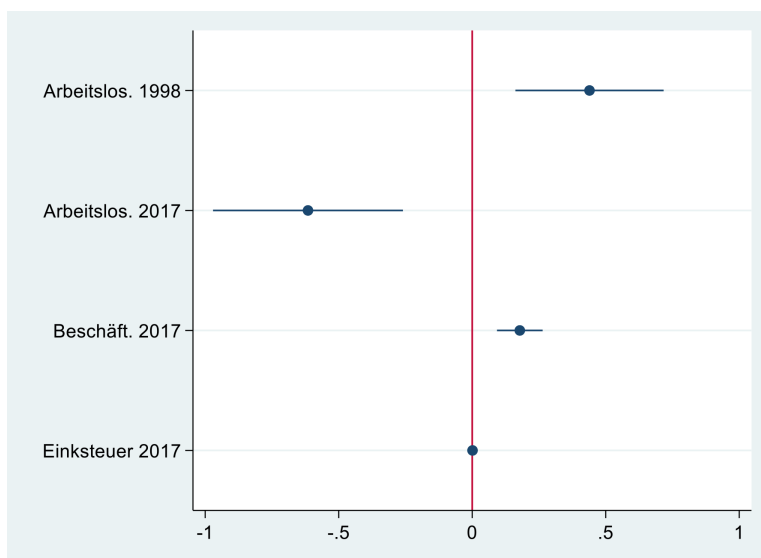
**Schaubild 3:** Der Effekt von Arbeitslosigkeit 1998 und 2017 auf den AfD-Zweitstimmenanteil 2017, Gemeindeverbandsebene

Quelle: eigene Berechnungen nach Wahlbezirks- und Regionalstatistik

Wir können nun dieses denkbar einfachste Modell schrittweise mit weiteren Variablen anreichern, aber der grundsätzliche Befund bleibt davon unberührt: die gängigen Variablen, die Outsider-Status auf dem Arbeitsmarkt, prekäre wirtschaftliche Lage etc. anzeigen, haben entweder keinen oder sogar einen negativen Einfluss auf das AfD-Ergebnis. Im Kontrast dazu haben Variablen, die eher wirtschaftliches Potential messen – die Beschäftigungsquote oder das Steueraufkommen der Einkommenssteuer – entweder einen statistisch signifikanten *positiven* Einfluss auf den AfD-Stimmenanteil oder gar keinen.<sup>16</sup> Diese Befunde sind weitgehend stabil über alle Modelle, unter Ein- und Ausschluss anderer Variablen und angesichts der hohen Fallzahlen (um die 4.500 Beobachtungen auf der Gemeindeverbandsebene) auch recht robust (siehe Schaubild 4).

Wenn man die „alten“ und die „neuen“ Bundesländer getrennt betrachtet (siehe Schaubild 5), zeigt sich, dass Arbeitslosigkeit und reguläre Beschäftigung hinsichtlich der rechtspopulistischen Wahl in beiden Landesteilen in die gleiche

<sup>16</sup> Die Ergebnisse sind dabei ganz direkt zu interpretieren: Mit jedem Prozent des Anteils der geringfügig entlohnt Beschäftigten sinkt der Stimmenanteil der AfD um etwa 0,2 % (siehe Tabelle 1 unten).

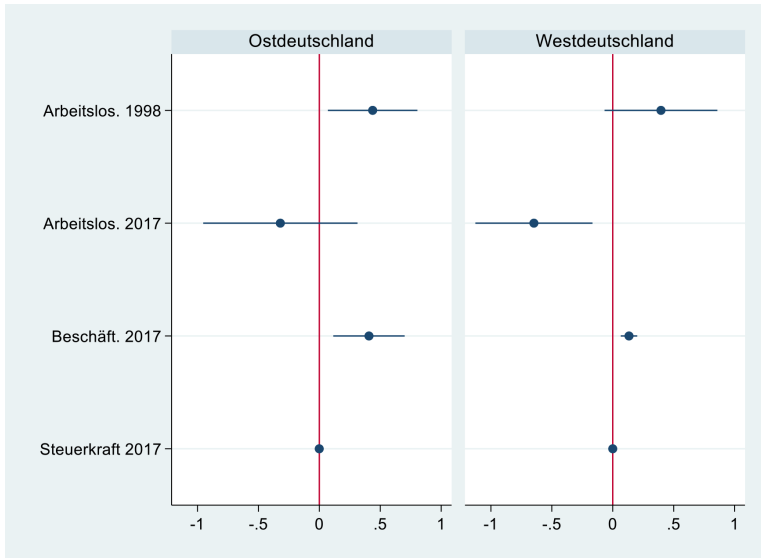


**Schaubild 4:** Effekte von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung auf den AfD-Stimmenanteil

Quelle: eigene Berechnungen nach Wahlbezirks- und Regionalstatistik.

Richtung wirken. Ihr Effekt auf den AfD-Stimmenanteil ist jedoch unterschiedlich stark: Die zum Zeitpunkt der Bundestagswahl *aktuelle* Arbeitslosigkeit hat durchweg einen negativen Effekt auf den AfD-Zweitstimmenanteil (der im Westen signifikant ist, im Osten nicht), während umgekehrt der positive Einfluss früherer Arbeitslosigkeit auf den gegenwärtigen AfD-Erfolg im Osten deutlich signifikant ist, im Westen knapp nicht. Insidervariablen oder solche, die eher wirtschaftliche Ertragskraft anzeigen, sind gleichermaßen in Ost wie West entweder signifikant negativ oder insignifikant.

Der Befund, dass sich ein starker, stabiler Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit im Jahr 1998 und dem Erfolg der Rechtspopulisten im Jahr 2017 ergibt (während die aktuelle Arbeitslosigkeit ohne Effekt bleibt oder sogar negativ auf den Zweitstimmenanteil wirkt), ist bedeutsam. Im Lichte des Umstands, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2005 sogar während der Finanzkrise 2008/2009 (!) stetig zurückgegangen war und sich deswegen im September 2017 auf einem historischen Tiefststand befand („historisch“ seit 1990 gerechnet), mag es vielleicht nicht so überraschend erscheinen, dass die in der Wahl zum 19. Bundestag *gegenwärtige* Arbeitslosigkeit zur Erklärung des



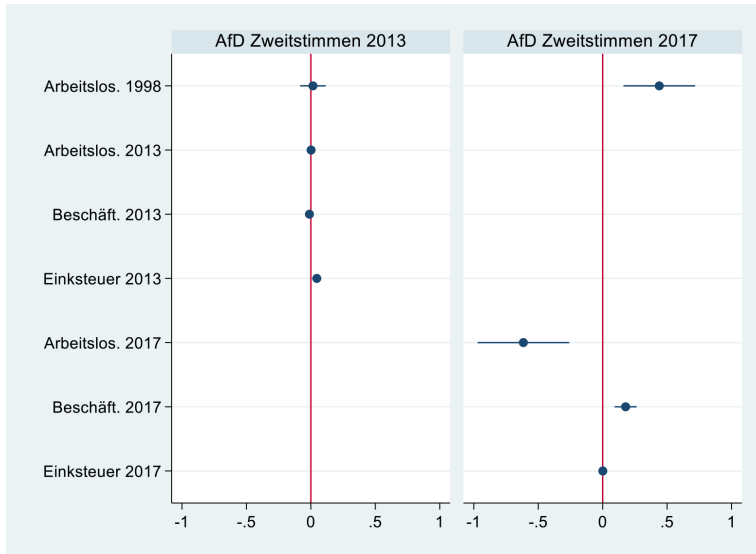
**Schaubild 5:** Effekte auf den AfD-Stimmenanteil in West- und Ostdeutschland

Quelle: eigene Berechnungen nach Wahlbezirks- und Regionalstatistik.

AfD-Wahlerfolg nicht viel beiträgt.<sup>17</sup> Dass es aber die Erinnerung an die Arbeitslosigkeit vor geraumer Zeit ist, vor fast zwanzig Jahren, die sich hier als deutlich erklärungskräftig erweist, und dass sich dieser Zusammenhang insbesondere im Osten ausgeprägt findet, ist bemerkenswert: In den neuen Bundesländern steigt mit jedem Prozent Arbeitslosigkeit im Jahre 1998 der AfD-Stimmenanteil im Jahre 2017 um fast ein halbes Prozent (0,44 %)! Dieser Befund würde sich aber durchaus in eine Erklärung fügen, die nicht einen gegenwärtigen Outsider-Status, sondern die Erinnerung an einen vergangenen mit dem populistischen Protest in Zusammenhang bringt.

Wenn wir die Wahlen zum 18. und zum 19. Bundestag von 2013 und 2017 verglichen, sehen wir, dass die ökonomischen Determinanten der Stimmabgabe für die AfD sich überhaupt erst in der letzten Bundestagswahl voll ausgebildet haben. Insbesondere ist zu beachten, dass sich das Vorzeichen der Beschäftigungs-

17 Im September 2017 gab es in Deutschland 2,5 Millionen Arbeitslose, was einer Arbeitslosenquote von 5,5 % entsprach (nach ILO-Definition: Erwerbslosenquote von 3,6 % mit 1,6 Millionen Erwerbslosen).



**Schaubild 6:** Effekte von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung auf den AfD-Stimmenanteil bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017

Quelle: eigene Berechnungen nach Wahlbezirks-, Arbeitsmarkt- und Regionalstatistik.

variable von negativ zu positiv (und signifikant) dreht, umgekehrt das Aufkommen der Einkommenssteuer, eine Wohlstandsvariable, 2013 signifikant positiv ist, 2017 ihre Erklärungskraft verliert. Und überhaupt erst in der letzten Wahl bekommt der Arbeitsmarktstatus, ob der vergangene oder der gegenwärtige, seine deutliche Ausprägung. Damit hängt zusammen, dass die Unterschiede zwischen Ost und West sich erst jetzt stark ausbilden (der *Ost-Dummy* – im Schaubild 6 nicht berichtet – steigt von 2,4 auf 10,7!; d.h. der Ost/West-Unterschied im Zuspruch der AfD erhöht sich durchschnittlich um 8 Prozent). Die Vermutung, dass sich die Wählerschaft der AfD innerhalb kurzer Zeit, von der Euro- zur Flüchtlingskrise, erheblich wandelte,<sup>18</sup> wird durch solche Befunde deutlich unterstützt (Schaubild 6).

Zusammengenommen sind die Resultate recht eindeutig: Zunächst erweisen sich die Outsider-Variablen durchweg alle als nicht erklärungskräftig – wenn sie nicht sogar genau entgegengesetzt wirken, wie gängige Modernisierungsverlierer- oder Globalisierungsverlierer-Thesen es erwarten lassen würden. Diese

18 Vgl. Schmitt-Beck 2017.

Erklärungen helfen im deutschen Fall also ganz offensichtlich nicht weiter. Denn wenn man die „Unternehmer und Facharbeiter in den Exportsektoren“ zu den Globalisierungsgewinnern zählt, die daher als wenig Populismus-anfällig gelten müssten,<sup>19</sup> stellt sich die Frage, warum dann gerade unter den Facharbeitern in Deutschlands offenen und prosperierenden Regionen, also in Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg, der populistische Protest so vergleichsweise kräftig ausfällt? Mit einem höheren Anteil der Beschäftigung beispielsweise *steigt* der Zweitstimmenanteil der AfD ebenso wie mit einem höheren Anteil von Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe (wobei letzterer Effekt eher schwach ausgeprägt ist; hier nicht berichtet). Zusätzlich zeigt sich – insbesondere für Ostdeutschland – ein starker Zusammenhang zwischen vergangener Arbeitslosigkeit und gegenwärtiger Protestwahl.

Insgesamt werden diese Befunde bestätigt, wenn wir denselben Zusammenhang auf Kreis- statt auf Gemeindeebene untersuchen. Der Vorteil: sehr viel mehr Variablen; der Nachteil: sehr viel weniger Beobachtungen – nämlich nicht mehr 11.500 Gemeinden, sondern nur noch 402 Kreise.<sup>20</sup> Aber die sehr viel umfangreicheren Sozialindikatoren auf Kreisebene ermöglichen eine adäquatere Messung eines so vielschichtigen Konzepts wie „wirtschaftliche Benachteiligung“ oder Deprivation. Darunter muss man dann nicht mehr nur Arbeitslosigkeit verstehen, sondern kann soziale oder ökonomische Benachteiligung sehr viel umfassender mit einem Deprivationsindikator abbilden. In diesen gehen hier unter anderem ein: das Ausmaß der Arbeitslosigkeit der unter 25- und der über 55-Jährigen, der Anteil der Langzeitarbeitslosen, die Beschäftigungsquote, das durchschnittliche Haushaltseinkommen, der Anteil der Geburten von minderjährigen Müttern, die Haushaltsgröße, die Lebenserwartung mit 60 Jahren, das Ausmaß der Unterbeschäftigung, der Anteil der „Mini-Jobs“ an der Gesamtbeschäftigung, die Altersarmut (als Anteil der Rentner, die auf Sozialhilfe angewiesen sind), der Anteil der Kinder in Hartz-IV-Haushalten, die Zahl der Privatinsolvenzen, Sozialhilfeempfänger, alleinerziehender Mütter mit Hartz-IV-Bezug sowie alleinerziehender Mütter unter 25 mit Hartz-IV-Bezug, der allgemeine Umfang an Sozialtransfers, die Entfernung zum nächsten Krankenhaus, der Umfang der kurz- und langfristigen Arbeitsmarktmaßnahmen.<sup>21</sup>

19 Kriesi et al. (2006): Globalization and the transformation of National political space, S. 922

20 Die Variablen auf der Kreisebene wurden der INKAR Datenbasis entnommen (Indikatoren und Karten zur Raumforschung [Raumforschung 2016]) und mit den AfD-Wahlergebnissen verbunden.

21 zu den Details siehe Manow/Schwander 2018

Aus diesen vielen Indikatoren lässt sich ein Index bilden, der für jeden Kreis die so erfasste relative wirtschaftliche Benachteiligung misst – es ist genau der Deprivations-Index, der in Schaubild 2 in seiner geographischen Varianz wiedergegeben wird. Aber auch unter seiner Verwendung ergibt sich auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte im Wesentlichen das identische Bild, das sich bereits auf Gemeindeebene gezeigt hatte:<sup>22</sup> Keines der Deprivationsmaße erklärt die AfD-Wahl. Nicht in den strukturschwachen Gebieten, sondern gerade dort, wo das traditionelle deutsche industrielle Modell noch intakt ist, scheinen die Rechtspopulisten überdurchschnittliche Erfolge zu feiern – und das nicht bei den benachteiligten Arbeitsmarktgruppen, sondern eher bei denen in regulärer Beschäftigung. Das deckt sich mit dem Befund, dass laut der Forschungsgruppe Wahlen 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder AfD gewählt haben, während es im Bundesdurchschnitt nur 12,6 Prozent waren. Im Osten liegen AfD und Linke unter Gewerkschaftsmitgliedern mit jeweils 22 Prozent sogar gleichauf und rangieren damit 4 Prozent vor der SPD.<sup>23</sup>

*Tabelle 1* bestätigt im Großen und Ganzen, bei Abweichungen hinsichtlich einzelner Variablen, das Bild, das sich auf der Gemeindeebene gezeigt hat. Die Insidervariablen korrelieren positiv mit dem AfD-Stimmenanteil, die Outsider-Variablen negativ (oder bleiben völlig insignifikant).

**Tabelle 1:** Determinanten für den AfD-Stimmenanteil bei der Bundestagswahl vom September 2017, Kreise und kreisfreie Städte

|   | Modell 1            | Modell 2            |
|---|---------------------|---------------------|
| Ausländeranteil                             | 0,215***<br>(0,05)  | 0,117**<br>(0,05)   |
| Ostdeutschland                              | 11,054***<br>(1,42) | 12,700***<br>(1,43) |
| sozialversicherungspflichtige Beschäftigung | 0,008<br>(0,02)     | -0,025*<br>(0,01)   |
| Beschäftigung Verarbeitendes Gewerbe        | 0,078***<br>(0,03)  | 0,070**<br>(0,03)   |
| geringfügige Beschäftigung                  | 0,032<br>(0,13)     | 0,083<br>(0,11)     |

22 Vgl. Manow/Schwander 2018.

23 Vgl. dazu die online verfügbaren Daten unter: {<http://www.dgb.de/themen/++co++1aca2e9e-a209-11e7-99c0-525400e5a74a>} [Stand August 2018]. Zu aktuellen Daten vgl. <https://www.dgb.de/aktuelles/news/europa-2024-so-haben-gewerkschafterinnen-gewaehlt/> [30.09.2025]

|                             | Modell 1            | Modell 2           |
|-----------------------------|---------------------|--------------------|
| steuerpflichtiges Einkommen | -0,002**<br>(0,00)  |                    |
| Arbeitslosigkeit, Männer    | -0,246**<br>(0,10)  |                    |
| Deprivationsindex           |                     | -0,612*<br>(0,29)  |
| Konstante                   | 14,524***<br>(2,80) | 8,277***<br>(1,07) |
| R2                          | 0,688               | 0,678              |
| N                           | 396                 | 396                |

\*  $p < 0,1$ ; \*\*  $p < 0,05$ ; \*\*\*  $p < 0,01$ , geclusterte Standardfehler auf der Ebene der Bundesländer

Auch auf Kreisebene unterstützt die verfügbare Empirie grundsätzlich die Insiderthese und liefert für die Thesen von den Modernisierungs- oder Globalisierungsverlierern keine Evidenz. Eine Auswertung der Deutschen Wahlstudie führt mit Individualdaten zu weitgehend übereinstimmenden Befunden.<sup>24</sup> Auch hier sind die Arbeitsmarktinsider substanziell häufiger unter den AfD-Wählern vertreten.

### 3. Verteilungsgerechtigkeit und Protest

Diese Befunde fügen sich zu einer recht konsistenten Deutung: Für die Wähler war in der Bundestagswahl 2017 der Komplex „Flüchtlinge/Ausländer“ bei Weitem das wichtigste Thema (Forschungsgruppe Wahlen).<sup>25</sup> Die Auswertung der Wahldaten legt nahe, dass die Abwanderung zur migrationskritischen AfD insbesondere bei Personen ausgeprägt war, die entweder in der Vergangenheit selbst Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht oder diese in ihrer unmittelbaren Umgebung erlebt hatten und sich daher eines ständigen Arbeitslosigkeitsrisikos – und des nun damit verbundenen schnellen sozialen Abstiegs – bewusst waren. Das steht nicht im Widerspruch mit dem Umstand, dass die Arbeitslosenquote seit 2005 praktisch

24 Vgl. Schwander/Manow (2017): 'Modernize and Die'? German Social Democracy and the electoral Consequences of the Agenda 2010.

25 Die entsprechenden Daten der Forschungsgruppe Wahlen sind online verfügbar unter: <https://wahltool.zdf.de/wahlergebnisse/2017-09-24-BT-DE.html?i=20> (Stand August 2018). 44 % der Befragten nannten dieses Thema als wichtigstes Problem, Rente (24 %) und soziale Gerechtigkeit (16 %) folgten mit deutlichem Abstand an zweiter und dritter Stelle.

durchgehend gesunken war, so dass auch die individuelle Angst vor sozialem Abstieg im September 2017 insgesamt sehr gering ausgeprägt war.<sup>26</sup> *Gegenwärtiger* Statusverlust, eine *aktuell erlebte* soziale oder ökonomische Deprivation können mithin schwerlich in Anschlag gebracht werden für die Wahl der Rechtspopulisten in der Bundestagswahl 2017. Es ist vielmehr die in der Vergangenheit erfahrene Arbeitslosigkeit, die sich in Verbindung mit der Flüchtlingspolitik nach 2015 zu einem Syndrom des Unmuts verfestigte. Man könnte formulieren: AfD-Wähler leiden an Reminiszenzen – Reminiszenzen, die durch das Geschehen in den Jahren 2015 ff. aktualisiert wurden. Das braucht man nun aber nicht zu psychologisieren (und auch nicht zu „kulturalisieren“), denn dahinter scheint doch („auch“ oder „wesentlich“?) ein Konflikt über die „gerechte Verteilung von Ressourcen“ zu stehen,<sup>27</sup> und das heißt eine vielleicht kulturalisierte, im Kern jedoch sozio-ökonomische Auseinandersetzung.

In der Bundestagswahl vom September 2017 kamen offenkundig mehrere Entwicklungen zusammen: zunächst und hauptsächlich der massive, als krisenhaft erlebte Anstieg der Zuwanderung in und nach 2015; dazu das Bewusstsein von der eigenen ökonomischen Verletzlichkeit, das im Osten aufgrund der aus dem Transformationsprozess resultierenden Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft allgemein besonders ausgeprägt war, und schließlich die im Rahmen der Agenda 2010 vollzogene Abwicklung des alten Modells sozialstaatlicher Statussicherung.<sup>28</sup> Das alles addierte sich zur Wahrnehmung, zurückgesetzt und ökonomisch deklassiert zu werden, zur Wahrnehmung des *line-jumpings* der Migranten und der Aufkündigung eines impliziten Vertrags zwischen den Bürgern und ihrem Staat. Die ursprüngliche, von der Agenda 2010 ausgelöste Protestbewegung nach links<sup>29</sup> wurde nun zu einer Protestbewegung nach rechts, weil die linke Opposition hinsichtlich der Einwanderung keine Alternative zur Regierungspolitik bieten wollte. Am Wohlfahrtsstaat, nicht am Arbeitsmarkt oder am liberalen Außenhandel entzündete sich also offensichtlich der Konflikt.

Eine solche Deutung kann sich bestätigt sehen durch eine Auswertung von Daten der Deutschen Wahlstudie,<sup>30</sup> die zeigt, dass im Osten wie im Westen das

26 Vgl. Betz/Habersack 2019; H. Lengfeld (2017): Die „Alternative für Deutschland“: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?:

27 D. Oesch (2013): The class basis of the cleavage between the New Left and the Radical Right, S. 34.

28 Vgl. S. Moriconi et al. (2018): Skill of the immigrants and vote of the natives.

29 Vgl. Schwander/Manow 2017.

30 Vgl. Betz/Habersack 2019.

Flüchtlingsthema gleichermaßen stark mit dem Thema soziale Gerechtigkeit verbunden war (insofern beförderte der auf dieses Thema abstellende Wahlkampf der SPD vermutlich eine völlig unbeabsichtigte Dynamik). Im Osten war diese Verbindung vor dem Hintergrund biografischer Brüche dann offensichtlich sehr viel virulenter und hatte stärkere Auswirkung auf die Wahlentscheidung. Wenn man die – offen gestellte – Frage nach den beiden wichtigsten politischen Problemen in Deutschland<sup>31</sup> für AfD-Wähler auswertet, ist die *kombinierte* Artikulation von Sorgen über Migration und soziale Gerechtigkeit die mit sehr weitem Abstand häufigste Antwort: etwa 44 Prozent der ostdeutschen Befragten und knapp über 50 Prozent der westdeutschen Befragten äußern sich so, während keines der anderen genannten Themen, weder einzeln noch in Kombination, an die 20 Prozent heranreicht.<sup>32</sup>

Alles das hat offensichtlich mit Erklärungen, die auf Modernisierungs- oder Globalisierungsverlierer abstellen, wenig zu tun. Es scheint auch nicht nötig, für eine Erklärung des Wahlverhaltens auf unterschiedliche Arbeitslogiken bestimmter Berufsklassen zu verweisen,<sup>33</sup> oder es ganz allgemein mit einer zunehmenden Kulturalisierung der Politik zu erklären. Weniger spekulativ, weniger voraussetzungsvoll und leichter mit den beobachtbaren empirischen Mustern in Übereinstimmung zu bringen ist eine Erklärung, die im Sinne einer Politischen Ökonomie des Populismus verschiedene Erscheinungsformen des Protests vor dem Hintergrund systematisch unterschiedlicher Globalisierungsprobleme erklärt.<sup>34</sup> Im deutschen Fall ist das, wie skizziert, die Problematik eines exportorientierten Wachstumsmodells mit starken wohlfahrtsstaatlichen Kompensationselementen, die in den letzten Jahren erheblich unter Druck geraten sind, und das sich gegenüber hoher Migration als besonders vulnerabel erweist. Dabei ähnelt das deutsche Muster der skandinavischen Politischen Ökonomie, wo ähnliche populistische Reaktionen zu beobachten sind. Diese geographische Verteilung des populistischen Protests ist mit einer angeblichen Ost/West-Spaltung auf Einstellungsebene nicht angemessen erklärt.

31 Variablen (Variable vn22s und vn23s): „Sie werden jetzt nach den zwei wichtigsten politischen Problemen gefragt. Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in Deutschland? Bitte nennen Sie zunächst nur das allerwichtigste Problem. Und was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das zweitwichtigste politische Problem in Deutschland?“ (Siehe Bieber/Roßteutscher/Scherer 2018).

32 Vgl. Hambauer/Mays 2018.

33 Vgl. H. Kitschelt/P. Rehm (2014): Occupations as a Site of Political Preference Formation; D. Oesch (2008): Explaining Workers Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe; Oesch 2013.

34 Vgl. Manow 2018; D. Rodrik (2018): Populism and the Political Economy of Globalization.

Alle diese Befunde sind in den letzten Jahren eher verstärkt als geschwächt worden. Als eine Art ‘Lernerfolg’ hat sich daher auch in Westeuropa nun eine Politikangebot etabliert, das es so vorher nicht gab (allerdings in Osteuropa, aufgrund der besonderen Transformationsgeschichte dieser Länder, dort schon sehr erfolgreich war): die Verbindung aus einer gesellschaftspolitisch rechten mit einer verteilungspolitisch linken Politik. Für eine solche Verbindung aus links und rechts steht beispielsweise die polnische PiS, und es stehen mittlerweile für eine ebensolche Politik das französische Rassemblement, die niederländische PVV, die AfD oder die Schwedendemokraten.<sup>35</sup> Auch in dieser Hinsicht war der Osten der Vorreiter und der Westen Schauplatz einer ‚nachholenden Modernisierung‘.

## Bibliographie

- Arzheimer, Kai (2015): The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? in: *West European Politics* 38/3, S. 535-556.
- Berbuir, Nicole/Lewandowsky, Marcel/Siri, Jasmin (2015): The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? in: *German Politics* 24/2, S. 154-178.
- Bermann, Knut/Matthias Diermeier/Judith Niehues (2017): Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* /1, S. 57-75.
- Betz, Hans-Georg/Fabian Habersack (2019): Regional Nativism in Germany: The AfD in Former East Germany. In: *Populism and Regionalism*, hg. v. Oscar Mazzoleni u. Rainer Henisch. London: Routledge, S. 110-135.
- Bieber, Ina / Roßteutscher, Sigrid / Scherer, Philip (2018): Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative? in: *Politische Vierteljahresschrift* (3/59), S. 433-461.
- Caballero, Claudio (2005). Nichtwahl. In: *Handbuch Wahlforschung*, hg. v. Jürgen W. Falter /Harald Schoen. Wiesbaden: Springer VS, S. 329-365.
- Deppisch, Larissa/Klärner, Andreas /Osigus, Torsten (2019): Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich? In: *Wissen schafft Demokratie. Ländlicher Raum*, hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena: Amadeu Antonio Stiftung, S. 74-87.
- Eichengreen, Barry (2018): *The Populist Temptation. Economic Grievance and Political Reaction in the Modern Era*. Oxford: Oxford University Press.
- Frank, Tobias (2015): *Die AfD bei der Bundestagswahl 2013: Determinanten und Erklärungen ihres Wahlerfolgs*, Schriftenreihe des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen, Band 23. Marburg: Tectum.

35 Vgl. hierzu demnächst Philip Manow (i.E.): *Spaltungslinien. Die europäischen Parteiensysteme und die De-Konsolidierung des Nationalstaats*.

- Franz, Christian /Fratzcher, Marcel /Kritikos, Alexander S. (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker, in: *DIW-Wochenbericht* 2018/8, S. 136-144.
- Goerres, Achim/ Spies, Dennis C / Kumlin, Staffan (2018): The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany, in: *Swiss Political Science Review*, S. 246-269.
- Hambauer, Verena/Anja Mays (2018): Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien, in: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, S. 133-154.
- Holtmann, Everhard (Hg.) (2019): *Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland*. Frankfurt, am Main: Campus.
- Kitschelt, Herbert/Philipp Rehm (2014): Occupations as a Site of Political Preference Formation, in: *Comparative Political Studies*, S. 1670-1706.
- Krastev, Ivan/Holmes, Stephen (2019): *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*. Berlin: Ullstein.
- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschieer, Simon/ Frey, Timotheos (2006): Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared, in: *European Journal of Political Research* 45 (6/2006), S.921-956.
- Lengfeld, Holger (2017): Die „Alternative für Deutschland“: Eine Partei für Modernisierungsverlierer? in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69(2), 209-232.
- Lux, Thomas (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie „Die Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70/2, S. 255-273.
- Manow, Philip (2018): *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Manow, Philip (i.E.): *Spaltungslinien. Die europäischen Parteiensysteme und die De-Konsolidierung des Nationalstaats*. München: CH. Beck.
- Manow, Philip/Schwander, Hanna (2018): Eine differenzierte Erklärung für den Erfolg der AfD in West- und Ostdeutschland. In: *Rechtspopulismus in Deutschland: Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung*, hg. v. Ulrich Heinz u. Karl-Heinz Reulband. Wiesbaden: Springer, S. 163-191.
- Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Nelson, Moira/Edwards, Erica (2006): Party Competition and European Integration in East and West – Different Structure, same Causality, in: *Comparative Political Studies* 39/2, S. 155-175.
- Moriconi, Simone/Peri, Giovanni/Turati, Ricardo (2018): Skill of the immigrants and vote of the natives: immigration and nationalism in European elections 2007-2016, in: *NBER Working Paper /25077*. Online unter: <https://www.nber.org/papers/w25077> (September 2025).
- Niedermayer, Oskar/Hofrichter, Jürgen (2016): Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* /2, S. 267-284.

- Oesch, Daniel (2008): Explaining Workers Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland, in: *International Political Science Review* 29, S. 349-373.
- (2013): The class basis of the cleavage between the New Left and the Radical Right: An analysis for Austria, Denmark, Norway and Switzerland. In: *Class Politics and the Radical Right*, hg. v. Jens Rydgren. London: Routledge, S. 31-52.
- Rodrik, Dani (2018): Populism and the Political Economy of Globalization, in: *Journal of International Business Policy* 1/1, S. 12-33.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2017): The 'Alternative für Deutschland in the electorate': between single-issue and right-wing populist party, in: *German Politics* 26/1, S. 124-148.
- Schröder, Martin (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. *SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research*, 75; Berlin.
- Schwander, Hanna/Philip Manow (2017): 'Modernize and Die'? German Social Democracy and the electoral Consequences of the Agenda 2010, in: *Socio-Economic Review* 15/1, S. 117-134.
- Selb, Peter/Simon Munzert (2013): Voter overrepresentation, vote misreporting, and turnout bias in postelection surveys, in: *Electoral Studies* 32/1, S. 186-196.
- Tourangeau, Roger/Groves, Robert M. / Redline, Celo D. (2010): Sensitive Topics and Reluctant Respondents. Demonstrating a Link Between Nonresponse-Bias and Measurement Error, in: *Public Opinion Quarterly* 74, S. 413-432.
- Tutic, Andreas/ von Hermanni, Hagen (2018): Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70/2, S. 275-294.
- Winkler, Heinrich August (2014a): *Der lange Weg nach Westen – Deutsche Geschichte I: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik* München: C.H. Beck.
- (2014b): *Der lange Weg nach Westen – Deutsche Geschichte II: Vom 'Dritten Reich' bis zur Wiedervereinigung*, München: C.H. Beck.